
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DR. NAAS: WIRTSCHAFTSHILFEN DES LANDES SOLLEN WEITERGEFÜHRT WERDEN

12.04.2022

- **Ukraine-Krieg belastet auch hessische Unternehmen**
- **Mikrodarlehen und Bürgschaften verlängern und ausweiten**
- **Durch Sanktionen entstehende Nachteile gering halten**

„Um eine drohende Wirtschaftskrise aufgrund des Ukraine-Kriegs abzuwenden, müssen die Wirtschaftshilfen des Landes auch weiterhin erfolgen“, fordert Dr. Stefan NAAS, wirtschaftspolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen des Hessischen Landtags. Zusätzlich zu den von der Bundesregierung angekündigten KfW-Hilfen fordert er deshalb von der schwarz-grünen Landesregierung, sowohl das Programm Hessen-Mikroliquidität als auch die WIBank-Bürgschaften zu verlängern und für im Rahmen des Ukraine-Kriegs unverschuldet in Not geratene Unternehmen anzupassen. Mit verschiedenen Programmen und Maßnahmen hatte die WI-Bank maßgeblich dazu beigetragen, die hessische Wirtschaft in der Corona-Krise zu unterstützen. „Wie bereits während der Corona-Pandemie werden auch jetzt vor allem kleine und mittlere Unternehmen auf zinsgünstige Kredite angewiesen sein. Vor allem für die, die von den Hilfspaketen des Bundes nicht profitieren können, müssen Darlehen auch weiterhin zur Verfügung stehen.“ Bei der Beantragung von Wirtschaftshilfen sieht Naas die hessischen Industrie- und Handelskammern als wichtige Säule für betroffene Unternehmen. Sie sollen von betroffenen Unternehmen zu Rate gezogen werden können.

Insbesondere die steigenden Energiepreise und die Sanktionen gegen Russland sowie damit einhergehende Lieferkettenprobleme und mangelnde Rohstoffe stellen für heimische Unternehmen eine Belastung dar. „Es steht außer Frage, dass die heimische Wirtschaft die von der Bundesregierung beschlossenen Sanktionen gegen Russland

vollumfänglich unterstützt“, sagt Naas. „Gleichwohl sollten die dadurch entstehenden Nachteile so gering wie möglich gehalten werden. Dafür braucht es jetzt auch Hilfe aus Landesmitteln.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de